

Bund wirft Erasmus-Plan über den Haufen

Studentenaustausch Der Bund rückt überraschend ab vom Ziel, bei Erasmus+ wie bei Horizon 2020 eine volle Beteiligung zu erreichen. Stattdessen will er bis 2020 mit einer Übergangslösung weiterarbeiten. Das stösst auf Kritik.

Dominic Wirth

Fünf Tage noch, dann jährt sich ein Tag, der die Schweizer Politik bis heute in Atem hält. Am 9. Februar ist es drei Jahre her, dass das Volk die Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) der SVP knapp annahm. Die ersten, die in den hektischen Wintertagen nach der Abstimmung den Unmut der EU zu spüren bekamen, waren die Forscher und die Studenten. Nachdem die Schweiz aufgrund des Ja zur MEI entschied, die Personenfreizügigkeit vorläufig nicht auf Kroatien auszuweiten, holte Brüssel zum Gegenschlag aus. Die EU wollte von der angedachten, aber noch nicht abgeschlossenen vollen Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme Horizon 2020 (Forschung) und Erasmus+ (Bildungsaustausch) plötzlich nichts mehr wissen.

Der Aufschrei der Universitäten war gross. Die Schweiz reagierte mit Übergangslösungen. Mittlerweile hat sich die Situation zumindest für die Forscher geklärt: Weil die Schweiz das Kroatien-Protokoll Ende Dezember 2016 unterzeichnet hat, ist sie seit Anfang 2017 bei Horizon 2020 wieder ganz mit dabei.

Bund will mehr Planungssicherheit geben

Der Bund hatte stets betont, dass er auch beim Erasmus+ eine Vollmitgliedschaft anstrebt. Er unterstrich dies etwa, als er im September 2016 die Verlängerung der Übergangslösung um ein weiteres Jahr kommunizierte. Jetzt kommt aber ans Licht, dass das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) – von der Öffentlichkeit unbenutzt – seine Pläne geändert hat. «Der Bund verhandelt mit der EU derzeit nicht über eine Vollsozialisierung an Erasmus+», sagt Theres Steffen, die zuständige Abteilungsleiterin beim SBFI. Der Grund für die überraschende Kehrtwende: Man gehe, so Steffen



Im Studienjahr 2015/16 studierten fast 3000 Schweizer in einem Erasmus-Land.

Bild: Ulrich Baumgarten/Getty (Osnabrück, 25. April 2016)

fen, derzeit «nicht davon aus, die Verhandlungen in einem realistischen Zeitrahmen abschliessen zu können».

Im Gegensatz zu Horizon 2020 war die Schweizer Teilnahme bei Erasmus+ noch nicht vollständig ausgehandelt; die EU unterbrach nach dem Ja zur MEI die Gespräche – und verschob nicht wie im Fall von Horizon 2020 nur die Unterzeichnung. Steffen, die Schweizer Delegationsleiterin bei den Verhandlungen, spricht etwa von «offenen Fragen bezüglich der Finanzierung». Im Klartext: Die EU wollte von der Schweiz mehr Geld, als diese für die Teilnahme zu bezahlen bereit war. Von verhärteten Fronten zwischen der Schweiz und der EU, die eine Wiederaufnahme der Verhandlungen nun verunmöglichen, will Steffen

aber nicht sprechen. Vielmehr schlage die Schweiz einen pragmatischen Weg ein. «Die EU beschliesst 2019, wie das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab 2021 aussehen wird. Dann wird für die Schweiz eine Vollsozialisierung wieder zum Thema», sagt Steffen. Bis dahin – also bis 2020 – will das SBFI die aktuelle Übergangslösung fortführen. Künftig soll diese allerdings unter dem weniger provisorisch klingenden Titel «Schweizer Umsetzung von Erasmus+» laufen und auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt werden. Das SBFI arbeitet derzeit an einer Vorlage, die noch im Frühjahr an den Bundesrat gehen wird. Bis Ende Jahr sollen National- und Ständerat grünes Licht geben. «Wir wollen allen Beteiligten eine gewisse Planungssicherheit geben», sagt

«Drei weitere Jahre mit einem Flickwerk sind keine Lösung.»

Matthias Aebischer
Nationalrat SP/BE

Steffen. Im Kern soll fortgeführt werden, was die Schweiz schon seit 2014 macht: Sie übernimmt die Kosten für den Austausch von Studenten, aber auch Berufsschülern oder Mittelschülern. Jährlich kostet das 30 bis 35 Millionen Franken; das SBFI nutzt dafür Geld, das vom Parlament 2013 für die Finanzierung der Schweizer Beteiligung an Erasmus+ bereitgestellt wurde.

Steffen sagt, die Schweiz sei mit der Übergangslösung gut gefahren, die Mobilitätszahlen etwa seien gar gestiegen. Tatsächlich wuchs etwa die Zahl der Schweizer Erasmus-Studenten zuletzt auf 2983. Zwei Jahre zuvor waren es noch 2833 gewesen. Dennoch überrascht das Vorgehen das SBFI vielerorts – und löst einiges Kopfschütteln aus. Bildungspolitiker wie Matthias Aebischer (SP/

BE) oder Andrea Gmür (CVP/LU) gingen etwa davon aus, dass das SBFI nach der Unterzeichnung des Kroatien-Protokolls eine rasche Vollmitgliedschaft bei Erasmus+ anstrebt. «Ich bin überrascht und enttäuscht», sagt Aebischer. «Drei weitere Jahre mit einem Flickwerk sind keine Lösung. Es erstaunt mich, dass das SBFI die Flinte einfach so ins Korn wirft», sagt der Berner. Aebischer will in der nationalrätlichen Bildungskommission nun die Einladung des SBFI beantragen, um die Sache zu klären.

Studenten fordern gleiche Rechte

Auch bei Swisuniversities ist man nicht glücklich über die Pläne des Bundes. Die Generalsekretärin Martina Weiss sagt, man habe sich beim SBFI für eine Vollsozialisierung stark gemacht. «Die Übergangslösung bringt für die Schweizer Universitäten eine Vielzahl von Einschränkungen und negativen Konsequenzen», sagt Weiss. Der Aufwand habe sich für die Universitäten stark vergrössert, etwa weil sie nun mit jeder Hochschule bilaterale Verträge aushandeln müssen. Dazu kommt: Nicht immer gelingt es, eine Einigung zu erzielen. Diese Universitäten fallen für Schweizer Studenten dann als Zielort weg. «Die Zahl der Destinationen ist klar gesunken», sagt Weiss. Auch aus diesem Grund pocht die Studierendenorganisation VSS auf eine Vollsozialisierung. Dass der Bund jetzt einen anderen Weg einschlägt, sorgt dort für Unverständnis. «Für die Forscher hat sich der Bund stark eingesetzt. Eigentlich müsste das auch für die Studierenden gelten, alles andere ist unlogisch, wenn man sich zum europäischen Hochschulraum bekennen will», sagt die Co-Präsidentin des VSS, Gabriela Lüthi. Sie erwartet vom SBFI, dass die Schweiz spätestens ab 2021, wenn die EU das Nachfolgeprogramm zu Erasmus+ auflegt, wieder voll assoziiert ist.

Gericht zeigt sich selbst an

Eritrea-Urteil Beim Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen gibt es ein Leck. Die «Weltwoche» hat vorgestern über ein Urteil im Asylwesen berichtet, bevor es überhaupt an die Parteien versandt worden ist. Das Gericht hat nun angekündigt, Strafanzeige gegen Unbekannt einzureichen.

Das Urteil betraf die neue Rechtsprechung zum Flüchtlingsstatus der Eritreer. Die Richter hatten festgehalten, dass eine illegale Ausreise aus dem Land am Horn von Afrika kein alleiniger Asylgrund ist. Wie die Informationen vorzeitig zur «Weltwoche» gelangten, ist unklar. Die Verwaltungskommission «missbilligt diesen untragbaren Vorfall scharf», heisst es in der Medienmitteilung des Gerichts zur Weiterreichung der Informationen. Nebst der Strafanzeige will es zudem das Vorgehen beim Koordinationsprozess überprüfen. Da es sich um einen Grundsatzentscheid handelte, fand eine Koordination zwischen zwei Abteilungen des Gerichts statt. (upi)

Energiewende spaltet die FDP

Parteizwist Die FDP tut sich schwer mit der Energiestrategie 2050. Die Parteipräsidentenkonferenz sprach sich dafür aus. Präsidentin Petra Gössi dagegen. Im Abstimmungskampf treten Freisinnige gegeneinander an.

Die Meinungen gehen diametral auseinander. «Es ist nicht erklärbar, wie man die Energiestrategie als Freisinniger unterstützen kann», sagt der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen. Sein Luzerner Parteikollege Peter Schilliger hingegen sitzt im Co-Präsidium des Ja-Komitees. «Das Parlament hat die Vorlage verbessert und mehr marktwirtschaftliche Elemente eingefügt», wirbt er. «Daher kann auch die Wirtschaft die Vorlage unterstützen.»

Wie uneinig sich die FDP in dieser Frage ist, zeigte sich auch am Donnerstag: Die kantonalen Parteipräsidenten und der Vorstand mussten entscheiden, welche Parole sie den Delegierten zur Energiestrategie empfehlen. Das Resultat fiel denkbar knapp aus: 14 Ja zu 13 Nein.

FDP-Präsidentin Petra Gössi sagt, es habe eine «sehr gute, ausführliche Diskussion» gegeben.

Dass die Partei sich nicht einig ist, sei kein Problem. «Ich hatte Freude an der Diskussion», sagt Gössi, die selbst die Energiestrategie 2050 im Parlament abgelehnt hat. Sollte die FDP die Ja-Parole beschliessen, würde sie sich zurücknehmen, sagt sie.

Subventionen als Zankapfel

Neben Gössi stimmten im Parlament auch drei FDP-Vizepräsidenten gegen die Energiestrategie: Ständerat Andrea Caroni (AR), Nationalrat Philippe Nattermod (VS) und Christian Wasserfallen. Dieser sagt über die Energiestrategie: «Das Etikett klingt gut, ist aber ein Schwindel.» Er spricht von einer «Subventionsgiesskanne in Milliardenhöhe». Mit der Energiestrategie würde der Zuschlag für die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) erhöht, mit der Öko-

«Es gab eine sehr gute, ausführliche Diskussion.»



Petra Gössi
FDP-Präsidentin

strom gefördert wird. Befürworter Schilliger sagt, ihn störe zwar der Ausbau der KEV-Gelder auch. «Aber aus meiner Sicht ist es wichtiger, dass die Subvention ausläuft.» Denn die Förderung würde neu befristet.

Während Wasserfallen sich für die von der SVP angeführte Nein-Kampagne einsetzen wird, sitzen zwei Dutzend FDP-Parlamentarier im Ja-Komitee, das sich unter Federführung der CVP gebildet hat. Dort hätte man sich eine klarere Unterstützung der FDP gewünscht. Der Innerrhoder CVP-Nationalrat und Volkswirtschaftsdirektor Daniel Fässler sagt, er sei «ein wenig enttäuscht über das knappe Ergebnis» der FDP-Konferenz.

Fässler sagt, mit der Energiestrategie werde die einheimische Stromproduktion gefördert. «Dies löst Investitionen in der Schweiz aus, statt im Ausland –

und davon profitiert in erster Linie die Wirtschaft», sagt er. «Wie man aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gegen die Energiestrategie sein kann, verstehe ich nicht.»

Die Betonung der wirtschaftlichen Interessen kommt nicht von ungefähr: In der Kampagne wollen die Befürworter unter dem Slogan «Geld bleibt hier» die wirtschaftlichen Vorteile ins Zentrum rücken, wie CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt (SO) sagt. Wie sich die Wirtschaftsverbände für die Abstimmung am 21. Mai positionieren, ist indes noch nicht ganz klar. Der Gewerbeverband hat die Ja-Parole beschlossen, Economiesuisse entscheidet erst Mitte März.

Eineinhalb Wochen vorher, am 4. März, fassen die FDP-Delegierten die Parole. Es dürfte eine spannende Debatte geben.

Maja Briner